

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werttages. Abonnementspreis mit illust. Beilage „Woll u. Bett“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr. 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46

Fernruf { 905 nur Redaktion
920 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 25 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 90 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Fernruf { 920 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion

Lübecker



Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 130

Dienstag, 8. Juni 1926

33. Jahrgang

Gieg über Hindenburg

Loebell hat ihn errungen

Als der Reichspräsident von Hindenburg im vergangenen Jahre sein Amt antrat, gelobte er, die Geschäfte des Reiches unparteiisch im Interesse des Volkes zu führen. Er selbst mag dazu bis auf den heutigen Tag den Vorfuß gehabt haben; doch mit guten Vorzeichen ist der Weg zur deutsch-nationalen Parteiherrschaft gepflastert. Man weiß wie Hindenburg in den letzten Wochen von schwarz-weiß-roten Intriganten betrommelt wurde. Das Trommelfeuer blieb nicht ohne Erfolg. Der Greis fiel um.

Der „Vorwärts“ kündigte bereits am Sonntag an, daß der ehemalige königliche Staatsminister von Loebell durch die Veröffentlichung eines Briefes von Hindenburg über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten einen großen Schlag gegen den Volksentscheid plante. Am Montag ist dieser Brief der Öffentlichkeit übergeben worden, und zwar nicht, wie jedermann annehmen sollte, gegen den Willen Hindenburgs, sondern, wie Loebell feststellt, mit seiner ausdrücklichen Genehmigung. Der Reichspräsident hat damit den bisherigen Grundsatz, sein Amt unparteiisch zu führen, preisgegeben und sich in die Schutzlinie der Parteipolitik hineingestellt. Der Umstand, unter dem das geschah, ist besonders charakteristisch. In seinem Schreiben sagt Hindenburg selbst, daß er aus staatsrechtlichen und den sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Reichspräsidenten ergebenden Gründen nicht in der Lage ist, in einer öffentlichen Kundgebung zu der entschädigungslosen Enteignung Stellung zu nehmen und trotzdem gestattet er die Veröffentlichung seines Briefes, der zu einer öffentlichen Kundgebung geworden ist. Man wird überhaupt den Eindruck nicht los, daß dieser Brief nur zu dem Zweck der Veröffentlichung geschrieben wurde. Wenn der Reichspräsident schon der Auffassung war, daß er nicht in der Lage ist, öffentlich zu dem Volksentscheid Stellung zu nehmen, warum hat er dann diesen Brief überhaupt geschrieben, und warum hat er die Zustimmung zu seiner Veröffentlichung gegeben? Es war der Konflikt zwischen Fürstentum und Rücksicht auf sein hohes Amt. Die erste legte.

Sein Ziel, den Fürsten zu helfen, hat er trotzdem gründlich verfehlt. Am gründlichsten durch den Inhalt seines Briefes, der u. U. des ersten Beamten der Deutschen Republik nicht würdig

ist. Es ist das gute Recht des Reichspräsidenten, bei seiner traditionellen Auffassung den Volksentscheid als ein „großes Unrecht“ zu empfinden und in ihm einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgefühl nebst einem Undank gegenüber den Fürsten zu sehen. Er vergißt, daß Millionen deutscher Staatsbürger von den angestammten Herrscherhäusern nur Undank geerntet haben und unter diesen Umständen bei dem besten Willen kein Grund besteht, Undank mit Dank zu belohnen. Schließlich haben die habgierigen Forderungen der Fürsten in einer Zeit, wo Hunderttausende hungern, am besten gezeigt, daß sie keiner anderen Behandlung würdig sind, als sie ihnen durch den Volksentscheid zuteil werden soll.

Aber abgesehen davon liegt die Ursache des Volksentscheids in einer Jahrhunderte dauernden Verletzung aller „Grundlagen der Moral und des Rechts“ durch die angestammten Herrscherhäuser. Sie alle haben es verstanden, sich unter dem Druck der Gewalt auf Kosten des Volkes zu bereichern und so gewußt, sich ein „Privatvermögen“ zu verschaffen, das nichts anderes ist als erprehtes Volksgut. Diese Sittenverletzung aber auf Bestrebungen zu beziehen, durch die nichts anderes ermöglicht werden soll, als daß dem Volk wiedergegeben wird, was des Volkes ist, ist nichts anderes als eine Verdrehung der Tatsachen. Es ist tief bedauerlich, daß sich der Reichspräsident so jene Argumente zu eigen gemacht hat, die von der Hugenbergpresse schon hundertmal angeführt worden sind und ebenso oft mit schlagenden Beweisen widerlegt wurden.

Der Brief des Reichspräsidenten mit seinen deutsch-nationalen Argumenten für die Fürsten liegt nun einmal der Öffentlichkeit vor und mit ihm muß in dem Kampf um das Recht des Volkes gerechnet werden. In Millionen von Flugblättern soll er in das Land hinausgehen und Hunderttausende von Goldmark sind von den Fürsten bereits zur Verfügung gestellt worden, damit das Schreiben vor der entscheidenden Abstimmung an jeder Plakatfäule Deutschlands prangen kann. Wir haben von dieser Agitation nichts zu befürchten. Sie muß für die Anhänger der entschädigungslosen Enteignung ein neuer Anreiz sein zur unermüdbaren Arbeit für das erstrebte Ziel, und wir sind gewiß, daß die Rechtsparteien mit ihrem großen Schlag das Gegenteil von dem erreichen werden, was sie erreichen wollten.

Mosul-Frieden

Der Vertrag zwischen England und der Türkei unterzeichnet

Gewaltiger Erfolg des britischen Erdöl-Imperialismus

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ist in Angora der fast zwölfsährige Kriegszustand zwischen dem britischen und dem türkischen Reich durch die Unterzeichnung des Mosul-Abkommens formell beendet worden. Seitdem sich im Herbst 1914 die Türkei den Mittelmächten angeschlossen, hat nämlich der Krieg zwischen Türken und Engländern niemals aufgehört. Der Vertrag von Sevres wurde zwar von der alten türkischen Regierung, die in Konstantinopel ihren Sitz hatte, unterschrieben, aber es etablierte sich bald darnach in Angora unter Mustafa Kemal eine Gegenregierung, die den Sultan absetzte und den Sevres-Vertrag nicht anerkannte. Englands Versuch, unter der Regierung Lloyd Georges, die Türken mit Hilfe der Griechen niederzuwerfen, scheiterte. Vielmehr mußten die Griechen Kleinasien vollständig räumen und den Alliierten blieb nichts anderes übrig, als den Sevres-Vertrag in Lausanne ganz erheblich zu revidieren.

Während in Lausanne alle strittigen Fragen zwischen der Türkei und Franzosen bezw. den Italienern und Griechen bereinigt werden konnten, blieb der Konflikt um den Besitz von Mesopotamien zwischen England und der Türkei ungelöst. Die Engländer hatten dieses Gebiet während des Weltkrieges besetzt und dachten ebensowenig daran, es zu räumen, als sie in der Gegend von Mosul äußerst wertvolle, bisher noch kaum ausgebeutete Petroleumquellen entdeckt hatten, und man kam in Lausanne dahin überein, die Entscheidung dem Völkerbund zu übertragen. In wiederholten Tagungen, von denen die erste in Brüssel stattfand, versuchte der Völkerbundsrat eine Einigung zwischen den beiden Parteien auf der Grundlage zu erzielen, daß der Irak, d. i. das Gebiet um Mosul als ein unabhängiger Staat vom türkischen Reich losgelöst und 25 Jahre lang von britischen Truppen besetzt werden würde. Die Türkei protestierte gegen diese Lösung überhaupt und insbesondere gegen die sogenannte Brüsseler Grenzlinie. Noch im Dezember 1925 erklärte der Vertreter der Angora-Regierung in Genf, die Türkei würde

die Vorschläge des Rats niemals anerkennen. Tschitscherin beruhte damals seine Anwesenheit in Frankreich, um mit dem türkischen Außenminister einen Freundschafts- und Garantievertrag abzuschließen, der wegen seiner offensichtlichen aggressiven Spitze gegen England lebhaftes Aufsehen erregte.

Um so überraschender ist die nunmehr erfolgte Unterzeichnung des Mosul-Friedens zwischen dem englischen Vorkämpfer, dem türkischen Außenminister und einem Vertreter des neuen Irak-Freistaates. England hat nämlich in der Zwischenzeit weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse der Angora-Regierung in Aussicht gestellt, die einer wirtschaftlichen Hilfe dringend bedarf. Durch das neue Abkommen wird der Türkei auf 25 Jahre ein 10prozentiger Anteil an dem Ertrag der Erdöl-Ausbeutung von Mosul zugesichert. Außerdem willigt England in eine Verzichtung der Brüsseler Grenzlinie zugunsten der Türkei ein. Ferner soll eine Amnestie in Mesopotamien verkündet werden. Im übrigen nimmt die Türkei die Vorschläge des Völkerbundsrates hinsichtlich der Schaffung eines Freistaates und des englischen Besatzungsrechtes an.

Das ist zweifellos ein großer Erfolg der englischen Diplomatie und des englischen Wirtschafts-Imperialismus, der sich im Kampfe um die Petroleumherrschaft einen neuen entscheidenden Vorsprung gegenüber der amerikanischen Konkurrenz gesichert hat. Für die sowjet-russische Diplomatie, die noch in den letzten Tagen eine starke Preßion auf die Angora-Regierung ausgeübt hatte, um sie von der Unterzeichnung des Friedens mit England abzubringen, ist dieses Ereignis eine ernste Schlappe. Die Genehmigung der Londoner Presse ist verständlich, denn eine der drückendsten Sorgen der britischen Außenpolitik in den letzten sechs Jahren ist damit auf lange Zeit behoben. Ob der Völkerbund als solcher auf diesen Erfolg besonders stolz sein kann, ist allerdings eine andere Frage: Er hat zwar einen gefährlichen Konfliktstoff fortgeräumt, aber etwa in der Weise, wie deutsche Richter Konflikte zwischen Stahlhelm und Republikanern zu „lösen“ pflegen, wobei das waffenstarrere englische Imperium sich natürlich in der glücklichen Lage des Stahlhelms befindet.

Lübecks unsichtbarer Herrscher

S. Lübeck, 8. Juni.

Brunkend rauhete das Fest der Reichsfreiheit an uns vorüber; auch der innerlich abseits Stehende freute sich manches schönen Bildes; sanfte Sirenenklänge von bürgerlicher Eintracht, Frieden und Freude umschmeichelten lödend das Ohr. Gern, ach so gern würde man ihnen folgen, einmal austrasten von stetem Kampfe.

Es darf nicht sein! Weh uns, wenn wir uns betören ließen! Ein Zufall enthüllte den Abgrund, an dessen Rand wir standen. Ein neuer Zufall reiht den letzten (den letzten?) Rebel von dem sinkenden Summboden dieses Grundes.

Dies ist die Tatsache, der empörende Tatbestand, kaum weniger erregend als die Enthüllungen der preußischen Polizei:

Artikel 5 der Lübschen Verfassung lautet:

Der Senat besteht aus zwölf Mitgliedern. Von diesen dürfen sieben keine andere berufliche Tätigkeit ausüben, auch kein Nebenamt und keine Nebenbeschäftigung haben, mit denen ein laufendes Einkommen verbunden ist. Dem Vorstande, dem Verwaltungsrat oder Aufsichtsrat einer auf Erwerb gerichteten Gesellschaft dürfen sie nur mit Genehmigung des Senates angehören. Die Genehmigung darf nicht erteilt werden, wenn die Stelle mittelbar oder unmittelbar mit einem Einkommen verbunden ist. Die Genehmigung ist jederzeit widerruflich.

Wie hörten wir, daß er lag gehandhabt würde. Wie hätten wir auch einem politischen Gegner zugetraut, daß er sich leichtfertig oder verbrecherisch bewußt, über klare Verfassungsbestimmungen hinwegsetze.

Wir sind eines Schlechteren belehrt.

Während seiner Amtszeit war Bürgermeister Dr. Neumann Vorsitzender des Verwaltungsausschusses der August-Scherl-G. m. b. H. Seine Kollegen dort sind die Herren Reichsrat Dr. Rosener-Würzburg, Staatsminister a. D. Johann Becker-Quisburg, Landesökonomierat Wegerener-Wosjen, Niemann-Barmen. Die Scherl-G. m. b. H. selbst ist das Kernstück des Hugenberg-Konzerns, der Verwaltungsausschuß entspricht nach einem eingehenden Bericht Thomas Behrlins, dem wir auch die Namen entnehmen, seiner Funktion nach dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft.

Lübecks Staatsoberhaupt — Aufsichtsratsvorsitzender in diesem Institut der Pressevermittlung!

Wir fragen einen hohen Senat:

Hat er jemals dem amtierenden Bürgermeister die Genehmigung zur Bekleidung dieses Postens erteilt?

Wenn nicht — und wir halten das in der Tat für undenkbar:

Ist er gewillt, sofort eine disziplinarische Untersuchung gegen das ungetreue Staatsoberhaupt einzuleiten?

Hugenbergs Aufsichtsratsvorsitzenden aus den Taschen der Lübecker Steuerzahler noch eine Pension zu zahlen — das dürfte selbst dem verbohrtesten Kriegervereiner über den Spaß gehen.

So empörend dieser Skandal an sich, seine politische Bedeutung mag man erst ermessen, wenn man einen anderen Tatbestand degegen hält:

Wir stellten vor einigen Tagen fest. — und bis heute wagte die Gegenseite nicht zu widersprechen — der Berliner Mitarbeiter des Lübecker Generalanzeigers gleichfalls ein Hugenberg'sches Prekzeptil. Die wörtliche Übereinstimmung der Berichte im „Tag“ — gleichfalls Scherl-Verlag — und in unserem General erwies es unvorderleglich.

Wer es ist, konnten wir bis heute nicht ermitteln. Hier liegt noch ein letzter überfliegender Nebel.

Man erinnere sich: Bis vor einem halben Jahr waren alle Berliner Berichte des „großen“ Lübecker Blattes mit „Dr. R.“ gezeichnet. Wir stellten fest, daß dieser Dr. R. Kriegl hieß, wir entlarvten diesen Kriegl als gemeinen Verleumder. Nach einigen Drekanonaden aus der Königsstraße verschwand dieses Redaktionszeichen. Der schleimig verlogene Stil hat sich nicht geändert. Sollte es nach immer derselbe Prekzeptil sein, der im Scherl-Haus in Berlin, im Coleman-Haus in Lübeck seinen Urat abläßt?

Das wäre allerdings ein Betrug am Leser, den wir selbst diesem Organ kaum zugetraut hätten.

Mer es auch sei, der Ring ist geschlossen. Hugenbergs Aufsichtsratsvorsitzender, Staatsoberhaupt von Lübeck; Hugenbergs Prekzeptil maßgebender, täglicher Mitarbeiter des geleseften Blattes in Lübeck.

Merkt Du etwas, argloser Mitbürger? — Denkt Du an Scheidemanns Enthüllungen über die unheimlich stille Arbeit des großen Volksvergifters aus Kohnstraten? In das graphisch dargestellte Netz seiner Fäden, das wir hinzufügten?

Wahrlich, den Respekt, den man dem Verbrecher und Intriganten großen Stils unwillkürlich zollt, man kann ihn

Mecklenburg

Von 15 zu 21 Sitzen im Landtag

Was soll werden?

Aus Moskau wird uns geschrieben: Das vorläufige endgültige Ergebnis der Mecklenburger Landtagswahlen gestaltet der Sozialdemokratie, hoffnungslos in die Zukunft zu blicken...

Orterungen muß sein, eine Regierung mit einem ausgesprochen republikanischen Kurs zu schaffen, die auf schnellstem Wege die Schäden des Rechtssturzes in Mecklenburg tatkräftig ausmerzt.

Anerkennung und Reiz

Die Presse aller Parteien ist sich einig, wenn auch vielfach wider Willen, gezwungen, den überwältigenden Erfolg der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen in Mecklenburg anzuerkennen...

Der sozialdemokratische Erfolg ist politisch um so erfreulicher, als auch die mecklenburgischen Wahlen zeigen, daß die Folgen der Inflation langsam überwunden werden, der anfängliche Radikalismus auf der Rechten und Linken abflaut...

Es wird nicht leicht sein, nach dem Ergebnis der Wahlen diesem Willensausdruck ohne weiteres Rechnung zu tragen. Die bisherigen Regierungsparteien haben zwar insgesamt fast die Hälfte ihrer Mandate verloren...

Das Berliner Tageblatt stellt fest: „Die Rechtsmehrheit im Schweriner Landtag ist gebrochen. Die sozialdemokratische Partei, die im Jahre 1924 weit hinter den Deutschen Nationalen zurückgeblieben war...“

Die Presse der Rechten wendet sich durch alle Redensarten, um ihren Lesern die Wahlen und aus den Zahlen klar in die Augen springenden Tatsachen möglichst zu verschleiern...

Die Deutsche Tageszeitung meint: „Der Zuwachs der Sozialdemokratischen Partei erklärt sich aus der systematischen Wahlbearbeitung des städtischen Landes, die den Sozialdemokraten viele kommunistische Stimmen brachte...“

Schmerin, 7. Juni. (Eig. Drahtber.)

In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die drei Wirtschaftsparteiler bereit sein sollen, neben dem demokratischen Abgeordneten und dem Nichtsparteiler mit der Sozialdemokratie eine Regierung zu bilden.

Diesem Hugenberg nicht verfallen. Fast nie war sein Name genannt in dieser Stadt, viele, gerade die ihm Hörigen, lammten ihn gar nicht.

Und doch war er der eigentliche unsichtbare Herrscher dieser Stadt, die er selbst vielleicht nie gesehen. Den Staat hatte er in der Hand durch sein Oberhaupt, die Presse durch die größte Inseratenpflanzung...

Unhörbar hatte ER sein dichtes Netz gesponnen um Lübecks goldene Türme, Gaben auf Gaben wie die Kreuzspinne den Käser umspinn, ehe sie ihm die Eingeweide aus dem glänzenden Leib jaugt.

Wohl uns, daß es gelang, den stärksten Faden, der aus Herz der Stadt gesponnen war, mit kräftiger Faust zu zerreißen. Der letzte Faden ist es nicht; die Spinne selbst hat nur ein Glied verloren...

Die Urne gerührt, daß wir das Netz zerstören bis auf das letzte flebrige Fädchen! Das Werk ist begonnen; nun nicht erschlahmt!

Der Reichstag beginnt wieder

Am Montag trat der Reichstag nach seiner Pfingstpause wieder zusammen. Präsident Lohse eröffnete die Sitzung mit einem freundschaftlichen Gedächtniswort für den verstorbenen Generaldirektor der Reichskasse Deser...

Das Haus trat in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Abänderung des Reichsnappschäftsgesetzes. Die sozialpolitische Kommission berichtete über den Reichstagsmonatlichungsbeschluß...

Der deutsch-nationale Abg. Leopold trat diesem sozialen Vorhaben kräftig entgegen. Er ließ durchblicken, daß die Vorlage schon in ihrer jetzigen Fassung manchem Abgeordneten der Rechten zu weit gehe...

Um 8 Uhr vertagte sich das Haus. Am Dienstag steht auf der Tagesordnung u. a. der deutsch-schwedische Handelsvertrag und der Regierungsgegenentwurf über die Auseinandersetzung mit den ehemals registrierten Fürstenthümern.

Reichswehrparade vor dem Kronprinzen!

Aus Breslau wird uns gedruckt: In der letzten Reichswehr Parade vor dem Kronprinzen, die im kaiserlichen Schloß stattfand, nahm das Kaiserpaar teil...

Das Unterstaatssekretariat des Reichswehrministeriums 7. mochte unlängst einen Antrag auf den Reichswehrminister. Dabei kam es auch zum Entschluß, dem Kronprinzen die letzte jährliche Besichtigung der Reichswehr zu ermöglichen...

Was wird das Reichswehrministerium des Herrn Geiler, jezt ein Knecht, nach dieser republikanischen Bestätigung der Reichswehr für nötig erachtet, besten Beschluß zu fassen, daß alles in besserer Ordnung war...

Auch eine Reichsregierung

Die Reichsregierung beschloß am Montag nachmittag in ihrer 26. Sitzung u. a. die Plagenfrage nach der Reichswehr. Die Reichsregierung beschloß, das Reichswehrgesetz in Kraft zu lassen...

meist und geschützt hat, dem Ausschuss zu unterbreiten, der demnächst - aus Parlamentariern, Heroldkern usw. zusammengesetzt - zusammenzutreten und Vor schläge auszuarbeiten soll.

In der Frage der Fürstenabfindung will die Regierung nach Zulassung des Reichstages in den nächsten Tagen sich mit den Führern der Regierungsparteien in Verbindung setzen, um zu sehen, ob und was für ein Kompromiß möglich ist vor dem Volksentscheid...

Weiter schreibt man uns: Als die Regierung Marx das erste Mal vor dem Reichstag trat, ließ sie durch den Mund des Reichskanzlers erklären, daß die Plagenverordnung, wie es der Reichskanzler Luther bereits angekündigt hatte, einstweilig und erst dann durchzuführen werden sollte...

Studentenfurchung

Die politischen Junglinge in Hannover wollen streiken SPD, Hannover, 7. Juni. (Eig. Drahtber.) Der Studentenrat in Hannover hat sich zu einem Streik gegen die Besetzung der Studentenstellen in Hannover entschlossen...

Der preussische Kultusminister Dr. Heine, der von seiner Reise nach Kassel in Berlin wieder eingetroffen ist, hat auf einer Konferenz des Ministeriums, die zu dem Studentenstreik Stellung nahm, die bereits getroffenen Maßnahmen gegen den Studentenstreik in Hannover mitgeteilt...

Der preussische Kultusminister Dr. Heine, der von seiner Reise nach Kassel in Berlin wieder eingetroffen ist, hat auf einer Konferenz des Ministeriums, die zu dem Studentenstreik Stellung nahm, die bereits getroffenen Maßnahmen gegen den Studentenstreik in Hannover mitgeteilt...

Standart nicht mehr nur um Professor Löffing, sondern um den Respekt der preussischen Regierung. Die Autorität des Staates steht auf dem Spiel.

Mit Nachsicht und Milde - das haben die Vorgänge in Hannover deutlich gezeigt - kommt man gegenüber dem politischen Rowdium, das sich an den Hochschulen breit gemacht hat, bestimmt nicht weiter...

Stahelme-Wegeleazerer

Am Sonntag nachmittag wurden in Hebersleben Kommunisten, die auf Lastautos Propagandafahrten für die entmenschenhafteste Entweihung der Fürsten machten, von Stahelmeleuten überfallen. Dabei kam es auch zu Schießereien...

Der Völkerbundsrat tagt

Das hochbeinige Brasillien - Staatsfragen Genf, 7. Juni. (Eig. Drahtber.) Die am Montag abgehaltene Eröffnungssitzung des Völkerbundsrates brachte eine Überraschung, indem der brasilianische Kaiser leer blieb...

Das wichtigste Ergebnis der Sitzung war über unbedeutendere Angelegenheiten eine nicht auf der Tagesordnung stehende Erklärung Chamberlains über den Abschluß des Verständigungsvertrages zwischen England, der Türkei und dem Irak...

Der Vertrag wurde vom Völkerbundsrat einstimmig genehmigt. Die nächste öffentliche Ratstagung findet am Mittwoch statt.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat an den Völkerbundsrat drei Entwürfe gerichtet: Das französische, belgische und tschechoslowakische Regierungsmitglied schlagen die Einziehung einer französischen Militärkommission mit dem Sitz in Saarbrücken vor...

